

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Belarus muß zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehren

Der Deutsche Bundestag ist tief besorgt über die Entwicklungen in Belarus. Mit Hilfe eines nicht verfassungsgemäßen Referendums hat der belarussische Präsident Lukaschenko eine autoritäre Präsidialherrschaft errichtet. Die Gewaltenteilung ist weitgehend aufgehoben, das ordentlich gewählte Parlament teilweise entmachtet. Die Rechte der gewählten Parlamentarier werden verletzt, gegen sie wird physische und psychische Gewalt ausgeübt. In die Ausübung von Grundrechten wird massiv eingegriffen. Die Versammlungsfreiheit wurde erheblich eingeschränkt, genauso wie die Rechte der Medien und der Nichtregierungsorganisationen.

Der Deutsche Bundestag bringt seine Auffassung zum Ausdruck, daß Belarus bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung mit keiner weiteren wirtschaftlichen, finanziellen und personellen deutschen und europäischen Unterstützung rechnen kann und damit seine Einbindung in europäische Strukturen gefährdet.

Er teilt die Auffassung des Europäischen Parlaments, daß die Verantwortlichen in Belarus die Einbindung des Landes in europäische Strukturen gefährden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag appelliert an den Präsidenten der Republik Belarus, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, die Grundrechte zu respektieren, das ordentlich gewählte Parlament wieder in seine Rechte einzusetzen und die in der ursprünglichen Verfassung vorgesehene Gewaltenteilung wieder zu beachten.

Der Deutsche Bundestag fordert Belarus dazu auf, der Eröffnung einer OSZE-Repräsentanz in Minsk zuzustimmen, die die Einhaltung demokratischer Grundrechte in Belarus sicherstellen soll. Die Arbeit und Kooperation bereits vor Ort existierender humanitärer Organisationen dürfen nicht weiter behindert werden.

Der Deutsche Bundestag ruft die Europäische Union und die OSZE zu einer Intensivierung ihrer Bemühungen um die Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Belarus auf. Bis zu

ersten Erfolgen dieser Bemühungen müssen die Unterstützungsmaßnahmen der EU für Belarus weiter ruhen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Parlamentarische Versammlung des Europarates auf, bis zur endgültigen Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse die demokratischen Medien in Belarus finanziell zu fördern, um die Freiheit der Information und Meinungsäußerung sicherzustellen.

Bonn, den 1. Oktober 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion